

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
---------------------------------	-----

<i>Einleitung</i>	1
1. Der Reformbedarf	1
2. Das vorgestellte Rentenmodell	4
3. Gang der Untersuchung	6

1. Teil Der Beitrag des Eigentumsgrundrechts

<i>I. Die historische Debatte</i>	10
1. Erste Öffnungen des Bundesverfassungsgerichts	10
2. Der frühe theoretische Bedarf	14
3. Das verfassungstheoretische Fundament	16
4. Kritik der freiheitszentrierten Eigentumskonzeption	18
a) Der Freiheitsgehalt des Eigentums als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus	19
b) Der Freiheitsgehalt des Eigentums als Gegenentwurf zum Gesellschaftsmodell der DDR	20
c) Der Freiheitsgehalt des Eigentums als Ausdruck androzentrischer Sichtweise	21
5. Gegenentwurf	22
a) Zugang statt Eigentum	24
b) Der freiheitsvermittelnde Inhalt des Renteneigentums	25
c) Rentenansprüche als Gemeineigentum	27
6. Der Vorstoß des Bundessozialgerichts	28
7. Kritik der Literatur	31
8. Alternativansätze	36
9. Zusammenfassung	39

<i>II. Die Anerkennung des Eigentumsschutzes sozialversicherungsrechtlicher Positionen durch das BVerfG</i> .	41
1. Das Sondervotum der Richterin Rupp-von Brünneck	42
2. Die Grundsatzentscheidung zum Versorgungsausgleich vom 28. Februar 1980	44
a) Der Schutzbereich des Renteneigentums: Die eigene Arbeitsleistung des Versicherten als zentrale Kategorie für die Anerkennung des Eigentumsschutzes	44
aa) Die Verortung der eigenen Arbeitsleistung in der Rentenformel	49
bb) Eigene Arbeitsleistung und Generationenschicksal	50
b) Die Schranken des Renteneigentums: Die Sozialgebundenheit als Maßstab für die Stärke des Eigentumsschutzes	52
aa) Das Renteneigentum als Prototyp des gemeinschaftlich gebundenen Eigentums	53
bb) Art. 14 GG – Vom Abwehrrecht zum Teilhaberecht? ...	56
cc) Vom Teilhaberecht zurück zum besitz-individualistischen Eigentumsrecht	58
c) Zusammenfassung	60
3. Die Existenzsicherungsfunktion der sozialrechtlichen Position .	62
4. Kritik der Eigentumskonzeption der Renten oder: Kann man Renten besitzen?	65
a) Sozialversicherung als historisch neuartige Sicherungsform ..	66
b) Die Fiktion des Renteneigentums	69
c) Rentenversicherung zwischen Versorgung und Versicherung	71
d) Das Wesen der umlagefinanzierten Rentenversicherung	73
e) Ein gemeinschaftsbezogener Gegenentwurf der Rente	75

<i>III. 20 Jahre bundesverfassunggerichtliche Rechtsprechung zum sozialrechtlichen Eigentumsschutz</i>	79
1. Die Reichweite des Art. 14 GG im Rentenrecht	80
a) Beitragsfreie Zeiten	81
b) Dynamisierung der Renten	84
c) Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	88
d) Witwen- und Witwerrenten	91
aa) Die Ausgangslage: Die unbedingte Witwenrente	91
bb) Der Gesetzgebungsauftrag des BVerfG	92
cc) Kritik der Literatur	93

dd) Die Entscheidung des BVerfG vom 18. Februar 1998 ...	94
ee) Bewertung	97
ff) Konflikt zwischen normativer Gleichheit und Sozialstaatlichkeit	98
e) Zusammenfassung	102
2. Die Schutzzintensität des sozialrechtlichen Eigentumsrechts anhand der Abwägung von öffentlichen und individuellen Interessen	102
a) Rechtsprechungsübersicht	103
b) Kürzungs-Topoi	108
aa) Leistungskürzungen im Interesse aller	110
bb) Leistungskürzungen zur Stabilisierung der Lohnnebenkosten	112
c) Besonderheiten des sozialversicherungsrechtlichen Abwägungsprozesses	113
d) Öffentliches Interesse und das kollektive schlechte Gewissen	116
e) Zusammenfassung	117
 <i>IV. Quo vadis Eigentumsschutz? Die Entscheidungen des BVerfG vom 28. April 1999</i>	119
1. Zäsur oder Kontinuität – Die durch Lebensleistung erreichte Position	121
a) Der Begriff als historischer Notbchelf	125
b) Erweiterung des Eigentumsbegriffs	127
2. Kontinuität: Individuelles versus öffentliches Interesse	127
3. Weiterentwicklung: Existenzsicherungsfunktion der Renten ...	130
4. Exkurs: Übergang zum Bedürftigkeitsprinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung?	134
5. Der eingriffsresistente Kern der Rentenanwartschaft	137
6. Der eigentumsrechtliche Kürzungspfad im Rentenrecht	139
7. Gleichheitsrechtlich indizierte Korrektur des Kürzungspfades ..	140
 <i>V. Rentenrechtlicher Eigentumsschutz aus Europäischem Recht</i>	142
1. Schutz der Renten aus EG-Vertrag	142
2. Schutz der Renten aus der Europäischen Menschenrechtskonvention	145
a) Der Schutzbereich des Eigentums nach der EMRK	146

b) Die Schutzintensität des sozialrechtlichen Eigentums und das öffentliche Interesse	148
VI. Der Beitrag des Vertrauenschutzes	153
1. Allgemeine Grundsätze des rechtsstaatlichen Vertrauenschutzes	154
a) Kritik der Literatur	156
b) Vertrauenschutz im Sozialrecht	158
2. Der verfassungsrechtliche Surplus des eigentumsrechtlichen Vertrauenschutzes	159
a) Rechtsprechungsübersicht	160
b) Bewertung	165
3. Rentenpolitik und Vertrauenschutz	171
4. Konsequenzen für zukünftige Rentenreformen	175
VII. Die Umsetzung der Schweizer Grundsicherung i.R. des deutschen Verfassungsrechts	177
1. Die Rentenansprüche in der Phänomenologie des Eigentums	181
a) Abschied vom einheitlichen Eigentumsbegriff	182
b) Bereichsspezifischer Eigentumsschutz	184
c) Die Quelle des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs	186
d) Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmung	189
2. Schweizer Grundsicherungsmodell zwischen Inhaltsbestimmung und Enteignung	190
a) Rentenreform als Enteignung?	192
aa) Neuordnung eines Rechtsgebietes	195
bb) Ergebnis	197
b) Rentenreform als ausgleichspflichtige Schranken- und Inhaltsbestimmung?	198
3. Die Zulässigkeit des Schweizer Grundsicherungsmodell im Rahmen von Art. 14 GG	201
a) Das öffentliche Interesse an der Rentenreform	202
aa) Erhalt der Rentenversicherung im Interesse aller	202
bb) Änderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen	203
cc) Schließung bestehender Gerechtigkeitslücken	204
b) Die Verhältnismäßigkeit der Rentenreform	205
aa) Geeignetheit	206
bb) Erforderlichkeit	207
cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	208

c) Die selektive Kürzung der Versichertenrenten – Rechtfertigung des Gleichheitsverstoßes	210
4. Berücksichtigung des Vertrauensschutzes	213
5. Die Zulässigkeit der Erweiterung des Versichertenkreises	214
a) Die Einbeziehung der Selbständigen in die Grundsicherung ..	215
b) Die Einbeziehung der Beamten in die Grundsicherung	219
6. Die Zulässigkeit der Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitiger Kappung der Renten	221
7. Ergebnis	224
8. Gleichheitsrechtliche Anforderungen an eine neu einzuführende Staatsbürgerversicherung	226
9. Exkurs: Einheitsrente für alle als Enteignung ?	228

2. Teil

Gleichheitsrechtliche Anforderungen an eine Reform der Alterssicherung

<i>I. Einleitung</i>	232
1. Abstufungen der Gleichheitsprüfung	234
a) Die Rechtfertigung von Differenzierungen: Willkür oder Verhältnismäßigkeit	237
b) Die Vergleichsgruppen	240
c) Der Vergleichsmaßstab	241
d) Die Rechtsfolgen eines Gleichheitsverstoßes	242
2. Der Inhalt des Gleichheitssatzes	243
a) Rechtliche oder faktische Gleichheit?	245
b) Zum Verhältnis von Gleichheit und Gerechtigkeit	246
c) Gleichheit oder Differenz?	249
d) Gleichheit im Prozess der Europäisierung	249
<i>II. Gerechtigkeit zwischen Eltern und Kinderlosen</i>	251
1. Das Gerechtigkeitsdefizit	251
a) Veränderungen innerhalb der Finanzierung des Staatshaushaltes	254
b) Erhöhung der indirekten Steuern	254
c) Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge	256
2. Von der sozialen Frage zum Gleichheitsverstoß	258
3. Die Kinderethik des BVerfG im Steuerrecht	260
a) Das steuerliche Existenzminimum der Kinder	260

aa) Bewertung	263
bb) Kindergeld versus Kinderfreibeträge	265
b) Der erwerbsbedingte Betreuungsbedarf und	
Erziehungsbedarf der Kinder	270
aa) Die Vergleichsgruppen	272
bb) Umsetzung durch den Gesetzgeber	276
c) Sozialstaatliche Rechtfertigung eines Verstoßes gegen das	
horizontale Gleichheitsgebot	279
d) Verteidigung der horizontalen Gleichheit im Steuerrecht	283
4. Die Kinderethik des BVerfG im Sozialversicherungsrecht	286
a) Die strukturelle Blindheit des Art. 6 Abs. 1 GG gegenüber	
der »Kinderfrage«	289
aa) Gleichheitsrechtliche Umverteilung statt sozialstaatliche	
Förderung	294
bb) Art. 6 GG als Anknüpfungspunkt für ein	
Kindergerecht?	296
b) Einwände gegen die Berücksichtigung der Kindererziehung	
im Beitragsrecht der Sozialversicherung	297
aa) Familienlastenausgleich im Steuerrecht statt im	
Sozialversicherungsrecht?	300
bb) Ungleichbehandlung von Sozialversicherten und	
Nicht-Sozialversicherten	304
cc) Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	
statt Beitragsreduktion	306
dd) Effektiver Familienlastenausgleich auf der Leistungsseite	
der Rentenversicherung	308
ee) Beitragsreduktion für gegenwärtige oder auch für	
vergangene Erziehung?	313
ff) Verteilung der Beitragsreduktion zwischen den Eltern ..	315
gg) Die Einmaligkeit einer Beitragsreduktion im	
internationalen Vergleich	316
hh) Der ökonomische Wert der Kindererziehung für die	
sozialen Sicherungssysteme	318
c) Umsetzung des Gesetzgebers	322
5. Plädoyer für eine verfassungsethische Begründung des Wertes	
von Kindern	324
a) Das Menschenbild des Grundgesetzes	327
b) Die freie Entfaltung der Persönlichkeit von Eltern	329
c) Faktische Gleichbehandlung von Familien mit kinderlosen	
Lebensgemeinschaften	332
d) Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung von Kindern	333

<i>III. Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen in der Alterssicherung</i>	339
1. Arbeitnehmerzentrierte Rentenversicherung als mittelbare Diskriminierung?	339
2. Die Verpflichtung des Gesetzgebers zur Beseitigung bestehender Nachteile	346
<i>IV. Gerechtigkeit zwischen den Generationen</i>	349
1. Das Gerechtigkeitsdefizit	351
a) Buchhaltung für Generationen	352
b) Transferausbeutung der Kindergeneration durch die Rentnergeneration?	354
2. Der Gleichheitsverstoß	357
a) Die Vergleichbarkeit der Generationen	357
b) Die Vergleichsgruppenbildung	360
c) Der antizipierte Gleichheitsverstoß	362
d) Renditegleichheit als Verfassungsgebot?	364
3. Die Rechtfertigung des Gleichheitsverstoßes	366
4. Ergebnis	367
5. Wege zur Herstellung von Gerechtigkeit zwischen den Generationen	371
a) Der Ansatz des BSG : Generationengerechtigkeit durch Eingriffe in die Rentendynamik	375
b) Die »Riester-Rente« als Beitrag zur Generationengerechtigkeit?	377
aa) Die sozialen Folgen des Ausbaus der privaten Altersvorsorge	378
bb) Die verfassungsrechtlichen Konsequenzen des Ausbaus der privaten Altersvorsorge	380
cc) Balanceverschiebung zwischen Versicherungsprinzip und sozialem Ausgleich	382
6. Exkurs: Der Alles-nicht-so-schlimm-Ansatz	384
7. Zusammenfassung: Generationengerechtigkeit	387
<i>V. Arbeitslosigkeit als Gerechtigkeitsdefizit</i>	390
1. Das Gerechtigkeitsdefizit	392
a) Neue soziale Schutzbedürfnisse	394
b) Erosion der Finanzierungsgrundlagen	398
c) Bemühungen des Gesetzgebers	400
2. Der Gleichheitsverstoß	403

3. Umfassende Staatsbürgerversicherung als Forderung von Systemgerechtigkeit?	404
4. Die Rechtfertigung des Gleichheitsverstoßes	408
a) Geringfügig Beschäftigte	408
b) Neue Selbständige	412
5. Ergebnis	413
VI. Äquivalenzprinzip als verfassungsrechtliches Gebot aus Art. 3 Abs. 1 GG?	415
1. Die neuen sozialversicherungsrechtlichen Äquivalenzkonzepte ..	417
2. Kritik	419
a) Präzedenzfall: Einbeziehung DDR-Rentner	424
b) Präzedenzfall: Kindererziehung	425
c) Äquivalenzprinzip als Verkennung der modernen Arbeitswelt	425
d) Äquivalenzprinzip als Ausweg aus der Rentenkrise?	427
3. Das Bundesverfassungsgericht und das sozialversicherungsrechtliche Äquivalenzprinzip	429
4. Äquivalenzprinzip und europäisches Wettbewerbsrecht	433
a) Europarecht und Sozialversicherungsmonopol	433
aa) Höfner und Elser	434
bb) Poucet und Pistré	435
cc) Fédération française des sociétés d'assurance	436
dd) Niederländische Betriebsrentenfonds	437
ee) Istituto nazionale per l'assicurazione contro gli infortuni sul lavoro (INAIL)	438
ff) AOK-Bundesverband	439
b) Die Bedeutung der Rechtsprechung des EuGH für die deutsche Rentenversicherung	441
c) Solidarische Umverteilung in der deutschen Rentenversicherung?	443
5. Ergebnis	445
VII. Zum Verhältnis von Art. 3 und Art. 14 GG	447
1. Offene Kollision zwischen Art. 14 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 1 GG?	448
2. Neue Inhaltsbestimmung des Eigentums an Rentenanwartschaften	450

3. Teil

Rentenreform im Kontext der europäischen Integration

<i>I. Das Schicksal nationaler Sozialstaatlichkeit in Europa</i>	454
1. Europäisierung als Gegenspielerin zu nationaler Sozialstaatlichkeit	455
2. Europäisierung als Chance für den deutschen Sozialstaat	457
a) Die europäische Vergleichsperspektive	460
b) Vorgaben des europäischen Sozialstaats	462
<i>II. Das soziale Wirken der Bundesrepublik Deutschland auf europäischer Ebene (Art. 23 Abs. 1 GG)</i>	467
1. Das Soziale im Grundgesetz	471
2. Sozialstaatlichkeit in der rechtswissenschaftlichen Debatte	475
3. Die Facetten der Sozialstaatlichkeit in der Rechtsprechung des BVerfG	480
a) Legitimationsfunktion in der frühen Bundesrepublik	481
b) Sozialstaatlich aufgeladene Grundrechte als Teilhabe- und Zugangsrechte	483
aa) Numerus-Clausus-Entscheidung	483
bb) Nasciturus-Entscheidung	485
cc) Teilhaberechtliche Rechtsschutzgarantie	487
dd) Ergebnis	488
c) Sozialstaatsprinzip als soziales Rückschrittsverbot?	491
d) Sozialstaatsprinzip zur Begründung staatlicher Schutzpflichten	492
aa) Allgemeine soziale Schutzpflichten des Staates	492
bb) Die Bedeutung des Sozialstaatsprinzips zur Wiedergutmachung für vorstaatliches Unrecht	493
cc) Staatlicher Schutz des Existenzminimums	494
dd) Soziale Schutzpflichten zu Gunsten der unterlegenen Vertragspartei	494
ee) Sozialstaatliche Einstandspflichten für das Privatschulwesen	495
e) Sozialstaatsprinzip als Rechtfertigung für Grundrechtseingriffe	496
f) Das Sozialstaatsprinzip als Garantin des Allgemeinwohls ...	497
4. Ergebnis	500

<i>III. Neue Tendenzen der verfassungsrechtlichen Sozialstaatsdiskussion</i>	504
1. Gleiche Freiheiten	504
2. Freiheit statt Gleichheit	506
3. Universalistische Bürgerversicherung im Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit	509
<i>IV. Eine pragmatische Lösung für die Bestimmung des »Sozialen« in Art. 23 Abs. 1 GG</i>	512
<i>Zusammenfassung</i>	517
Teil 1: Der Beitrag des Eigentumsgrundrechts	517
Teil 2: Gleichheitsrechtliche Anforderungen an eine Reform der Alterssicherung	521
Teil 3: Rentenreform im Kontext der Europäischen Integration	528
<i>Literaturverzeichnis</i>	531
<i>Stichwortverzeichnis</i>	567